

einmal wöchentlich. Abstr. Gratis-Wochenblätter: „Der Weltspiegel“, „Koblenzspiegel“, „Koblenzspiegel“, „Koblenzspiegel“...



Interaktion und Abonnements-Verwaltung in Groß-Berlin: Hauptredaktion SW 19, Jerusalemstraße 40/41...

Berliner Tageblatt

Nr. 548, Ausgabe für Berlin, und Handels-Zeitung, 52. Jahrgang, Mittwoch, 28. November 1923

Der Bürgerblock gescheitert?

Der Kampf um die große Koalition in Preußen.

Gegenforderung der Deutschnationalen.

Die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien über die Kabinettsbildung sind auch gestern noch nicht beendet worden. Stundenlang jagten sich die Botschaften der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft...

sehr bewegten Verlauf nahm. Sie versprachen, um neun Uhr den Führern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, den Herren Dr. Marx und Dr. Schulz, die Entscheidung der Fraktion mitzuteilen. Der Beschluß wurde ihnen dann auch in schriftlicher Formulation überreicht...

Beamtenabbau und Schule.

Nach der Staatsumwälzung hat sich die Zahl der Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden in erheblichem Umfang vermehrt. Es ist klar, daß der verarmte Staat nicht in der Lage ist, sich einen vergrößerten Beamtenapparat zu leisten...

Deutschlands Standpunkt in der Reparationsfrage.

Staatssekretär Fischer Rede in Paris. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. November. Die Rede, die Staatssekretär Fischer am 27. November vor der Reparationskommission gehalten hat, ist bisher nur einem kurzen Auszuge veröffentlicht worden. Da die Erklärungen Fischers bei den Erörterungen über die deutschen Entwürfe als Grundlage dienen werden, ist es notwendig, sie dem langen Bericht das Wichtigste herauszugeben...

Presse eingehend berichtet worden. Einiges, was Staatssekretär Fischer vorgebracht hat, deckt sich mit den Vorschlägen der „belgischen Studien“, zu denen der deutsche Delegierte am Schluß seiner Rede noch einige Bemerkungen machte. Vorher unterwarf er die Frage, welche Erfolge die Vermehrung der Reichsregierung um die Vermehrung der Einnahmen, die Verminderung der Ausgaben...

Um so bedauerlicher ist es, daß dieser Grundgedanke nicht in den Entwurf der Personalabbaurechnung in Preußen übernommen worden ist, und darüber werden in allererster Linie die Schulen zu leiden haben. Die Schulen gehören nicht zu den Einrichtungen, deren Beamtenzahl seit 1918 wesentlich vergrößert ist. Während die Gemeinden im Durchschnitt eine Beamteninflation bis zu 40 Prozent haben, ist in der Schulverwaltung bereits eine erhebliche Verringerung der planmäßigen Stellen vorgenommen...